



Leitkultur?

Welche Leitkultur?!

Frankfurter Magistrat will von einer Definition nichts wissen

Bundesinnenminister Thomas de Maizières schüchternen Vorstoß mit seinen Thesen zu einer deutschen Leitkultur hat der Frankfurter Magistrat glatt abgebugelt. Auf die Frage der AfD in der vergangenen Plenarsitzung, ob der Magistrat die Thesen als Richtschnur für Einwanderer ansieht, kam ein klares: Nein! ‚Das Grundgesetz und die darin formulierten Grundrechte fungieren als Richtschnur des Zusammenlebens in unserem Land,‘ so die ernüchternde Antwort von Stadträtin Sylvia Weber.

Was nicht im Grundgesetz steht

Nur aus dem Grundgesetz also soll der Einwanderer lernen, wie Deutschland funktioniert. Ein wichtiger Baustein, sicher. Aber all die kleinen und großen ungeschriebenen Regeln im Räderwerk unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens, die stehen dort nicht. Sie sind aber nicht weniger wichtig. Sie sind das, was man unter einer Leitkultur versteht. Pünktlichkeit, Sparsamkeit, Disziplin und Pflichtbewußtsein beispielsweise stehen nicht explizit im Grundgesetz. Und doch haben sie die Entstehung des Grundgesetzes beeinflusst. Sie stehen implizit darin.

Das Grundgesetz ist nicht im luftleeren Raum entstanden, sondern fußt auf eben jenen ungeschriebenen Regeln unserer Kultur, deren Wichtigkeit die Stadtregierung so vehement von sich weist. Diese geistig-kulturellen Errungenschaften sind aber das Fundament, auf dem unsere Gesellschaft steht und ohne deren Kenntnis und Akzeptanz man Fremder bleibt.

Multikulti ist eine fatale Sackgasse

Langsam, viel zu langsam, setzt sich bei einigen langjährigen Verfechtern des Multikulturalismus die Erkenntnis durch, daß sie einer Utopie anhängen, die die europäischen Gesellschaften in eine fatale Sackgasse geführt hat. Parallelgesellschaften, rechtsfreie Räume und Zerfall sind die Folge. Es wäre hohe Zeit, daß auch der Frankfurter Magistrat diese Erkenntnisse ernst nimmt und entsprechend handelt. Die Position der AfD-Fraktion ist eindeutig: Wer hier in Deutschland leben möchte, muss neben unserem Grundgesetz und unserer Rechtsordnung die hiesigen Traditionen und Werte voll anerkennen. „Nur was unmissverständlich als Leitkultur definiert ist, lässt sich auch einfordern,“ zeigt sich Rainer Rahn, AfD-Fraktionsvorsitzender im Römer, überzeugt.

Ver.di gibt die neue Stasi!

Bespitzeln, denunzieren, zersetzen - Wer ist als nächstes dran?

Ver.di kann es nicht lassen. Getreu dem zuletzt geleakten hauseigenen Leitfaden 'Handlungshilfe für den Umgang mit Rechtspopulisten in Betrieb und Verwaltung' rief die Gewerkschaft ihre Mitglieder zum Ausspähen und Denunzieren, zu gezielter Bespitzelung und Zersetzung von Kollegen auf. Und die Stadt Frankfurt verlinkt ihre Homepage dennoch weiter mit Ver.di!

„Ver.di sollte eine Interessenvertretung der Arbeitnehmer sein. Gesinnungspolizei zu spielen, davon ist im Gewerkschaftsauftrag nirgendwo die Rede,“ sagt Markus Fuchs, AfD-Stadtverordneter im Römer und AfD-Kreissprecher. „Die Methoden, die Ver.di jetzt an den Tag legt, sind wirklich Stasi-mäßig. Man schaue sich nur die *Richtlinie Nr. 1/76 zur Entwicklung und Bearbeitung Operativer Vorgänge (OV)* des Ministeriums für Staatssicherheit an.

Wie man unliebsame Personen ausgrenzt

Hier wird ausführlich erläutert, wie man unliebsame Personen fertigmacht und ausgrenzt. Wirft man einen Blick in Ver.dis ‚Handlungshilfe‘ mit all ihrer detailverliebten Gründlichkeit, gewinnt man den Eindruck: Das hat jemand geschrieben, der sich auskennt! Da beherrscht jemand perfekt das Handwerk der „Zersetzung“, wie das im Stasi-Jargon hieß. Man könnte fast glauben, die Autoren dieses „Leitfadens“ wären Mitarbeiter des MfS“, so Fuchs. „So sollen nun also politisch Andersdenkende zum Schweigen gebracht oder in einer Weise diskreditiert werden, dass Kollegen sie meiden, sich also mit ihnen und ihrer Meinung erst gar nicht auseinandersetzen,“ fährt Fuchs fort.

HANDLUNGSHILFE FÜR DEN UMGANG MIT RECHTSPOPULISTEN IN BETRIEB UND VERWALTUNG

Die vorliegende Handlungshilfe ist dafür gedacht, im Falle des Auftretens von AfDlern oder Rechtspopulisten im betrieblichen Alltag den Umgang mit ihnen zu erleichtern. In der Regel ist es mit der Zunahme von Rechtspopulisten in Deutschland verbunden, dass man sich einmischen muss, um die Situation zu verbessern.

Maßnahmen im Betrieb

Die Person/en beobachten

Woran kann man rechtspopulistische Haltungen bzw. ein Engagement für die AfD erkennen:

Rechtspopulismus erkennt man selten an äußeren, optischen Zeichen – man muss auf sein Verhalten achten. Es kommt darauf an, immer ein offenes Ohr und ein Auge zu haben, worauf sie sich berufen, was sie berührt und wo sich etwas verändert.

Gemeinsames abgestimmtes Vorgehen absprechen

Isolierung der Person/en im Betrieb, Ausschluss von gewerkschaftlicher Kommunikation

Outing in betrieblicher/außerbetrieblicher Öffentlichkeit: rechtspopulistisches Engagement der Person bekannt machen und ächten

Aus einem Flyer des ver.di-Bezirks Süd-Ost-Niedersachsen, Braunschweig

Methoden wie in der DDR

„Interessant ist dabei, dass die, die angeblich Toleranz so groß schreiben und sich als Wächter von Würde und Menschenrechten aufspielen, Methoden an den Tag legen, die an die DDR erinnern. Das finde ich unerträglich. Heute trifft es nun die AfD, morgen irgendjemand anderes. Erkennbares Feindbild von Ver.di ist die liberale und konservative bürgerliche Gesellschaft. Damit ist im Prinzip jeder ein politischer Gegner, der die Macht und Diskurshegemonie bedrohen könnte,“ erklärt der AfD-Stadtverordnete. „Ich kann CDU und FDP nur raten, das nicht auf die leichte Schulter zu nehmen. Wer sich nicht dem linken Mainstream ergibt, wie ihn Ver.di vertritt, der ist drauf und dran, auf einer schwarzer Liste zu landen. Es ist einfach, die AfD auszugrenzen, aber wenn man sieht, wie sie zum Teil mit der FDP im Römer umgehen, kann man sich schon fragen, ob die nicht die Nächsten sind. Wenn wir nicht eine klare Haltung zum Niedergang unserer Demokratie entwickeln, ist in einigen Jahren nichts mehr davon übrig. Stasi-artige Methoden haben in einer Demokratie nichts verloren,“ sagt Fuchs.

Öffnungszeiten der Fraktionsgeschäftsstelle:

Montag-Donnerstag 10 - 17 Uhr

info@afd-im-roemer.de

Tel. 069 212 46 222

www.afd-im-roemer.de



IMPRESSUM

Herausgeber:
AfD-Fraktion im Römer
Bethmannstr. 3
60311 Frankfurt am Main

Verantwortlich im Sinne
des Presserechts:
Dr. Dr. Rainer Rahn
(Fraktionsvorsitzender)